

## **Antrag**

**an die ordentliche Landesversammlung am 22./23.10.2011 in Bad Windsheim  
Antragsschluss: 23. September, 12.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle**

AntragstellerIn: Uwe Kekeritz (MdB), u.a.

**Gegenstand: Bayern in globaler Verantwortung – eine faire Welt beginnt vor  
unserer Haustür**

### **Antragstext:**

- 1 Bayern ist wirtschaftlich erfolgreich und in internationale Handelsbeziehungen eingebunden.  
2 Daraus erwächst dem Freistaat und uns eine Verantwortung zur Solidarität mit den Menschen  
3 im globalen Süden.  
4 Doch die Staatsregierung und viele hier ansässige internationale Unternehmen entziehen sich  
5 dieser Verantwortung. Trotzdem gibt es viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich wirksam  
6 für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt einsetzen.  
7 Vor diesem Hintergrund stellen wir Grüne einen Fahrplan zum fairen Bayern auf. Wir wollen:  
8 • faire Gemeinden und faire Städte. Das heißt, wir wollen Kommunen, die ökologisch und  
9 fair beschaffen, sich mit Partnerschaften in der kommunalen  
10 Entwicklungszusammenarbeit engagieren, Bildung für nachhaltige Entwicklung  
11 durchführen und aktiv das Knowhow von MigratInnen einbinden,  
12 • einen Freistaat Bayern, der das Engagement der Kommunen fördert und auch selbst fair  
13 beschafft,  
14 • die bayerischen Unternehmen, die international tätig sind, in die Verantwortung nehmen.  
15 Dazu muss der Freistaat einen entsprechenden Rahmen setzen und selbst aktiv werden.  
16 • die zivilgesellschaftlichen Initiativen in der Eine-Welt-Arbeit stärken  
17 • globales Lernen in Bayern intensivieren und verbessern.

### **18 Grüne Solidarität global**

- 19 Die Grünen treten seit Langem für den Global Green New Deal ein. Er kann nur durch  
20 Solidarität verwirklicht werden. Wir Grüne stehen ein für Solidarität, die nicht an den  
21 Landesgrenzen endet und ein friedliches, gleichberechtigtes Miteinander der Völker anstrebt.  
22 Grüne Solidarität beinhaltet globale Perspektiven im ökologischen und sozialen Bereich und  
23 zielt darauf ab, alle internationalen Wirtschaftsbeziehungen fair zu gestalten. Um eine wirklich  
24 faire und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, müssen die Industrienationen zukünftig  
25 akzeptieren, dass kein Land – unabhängig von WTO-Regelungen – daran gehindert wird, seine  
26 eigenen Lebensmittel zu produzieren, seine natürlichen Ressourcen zu bewahren und eine  
27 eigene nachhaltige Wirtschaft aufzubauen. Die „infant industries“, sich neu entwickelnde  
28 Industriebereiche, müssen geschützt werden. Unsere Entscheidungen müssen stets auch die  
29 weltweiten Folgen unseres Handelns berücksichtigen. Ob Bioenergie oder Ausbeutung von  
30 Rohstoffen: Menschen dürfen nicht ihrer angestammten Lebensgrundlagen beraubt werden.

31 Zu einem nicht unwesentlichen Teil beruht unser Wohlstand auf der Ausbeutung der Umwelt  
32 und der Menschen in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern. Frauen und  
33 Kinder sind davon besonders betroffen. Eine Änderung dieser Verhältnisse ist dringend  
34 notwendig. Sie kann nur gelingen, wenn wir bei uns globale Verantwortung übernehmen und  
35 entsprechende Maßnahmen ergreifen. Auch die bayerische Wirtschaft und deren international  
36 ausgerichtete Unternehmen sind in der Pflicht, mit dem Bund, dem Freistaat Bayern und den  
37 bayerischen Kommunen aktiv und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft den Rahmen für  
38 ein globales, solidarisches Engagement aufzubauen.

39 Bayern ist stolz auf seinen wirtschaftlichen Erfolg, und der Staatsregierung ist es besonders  
40 wichtig, auch in Zukunft in der „Champions League“ zu spielen. Bei der globalen Verantwortung  
41 ist Bayern allerdings von einer Spitzenposition weit entfernt. Andere Bundesländer wie NRW,  
42 Berlin, Hamburg und Bremen geben hier den Takt vor und sind sich ihrer internationalen  
43 Verpflichtungen stärker bewusst. Bayern hinkt hinterher und bremst. Wir Grünen wollen das  
44 ändern.

45 Ökologische und soziale Nachhaltigkeit sind weder lokal in Bayern noch global ein Luxus,  
46 sondern zwingende Voraussetzung für eine gerechte Welt. Niemand kann behaupten, sich  
47 Nachhaltigkeit nicht leisten zu können. Nichts ist teurer und für die zukünftigen Generationen  
48 schädlicher, als auf Nachhaltigkeit zu verzichten.

#### 49 **Bayern und die Welt**

50 In Bayern leben etwa 12 Millionen Menschen und erwirtschaften ein BIP von zirka 440 Milliarden  
51 Euro. Damit ist die bayerische Wirtschaft bedeutend stärker als die Portugals oder Polens und  
52 fast so stark wie die der Türkei. Seine wirtschaftliche Stärke bezieht Bayern auch aus der  
53 internationalen Vernetzung. So importierte der Freistaat 2010 Waren im Wert von gut 170  
54 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht fast den Importen Brasiliens (191 Milliarden US-Dollar). Vor  
55 allem werden Halbfertigprodukte, Rohstoffe, Textilien und andere einfache Endprodukte  
56 importiert. Gleichzeitig exportierte Bayern Waren im Wert von 192 Milliarden US-Dollar – fast so  
57 viel wie Indien oder Spanien.

58 In den letzten Jahren haben sich immer mehr BürgerInnen für den Kauf von fair gehandelten  
59 Produkten entschieden. Die Umsatzsteigerungen in diesem Bereich zeigen eine  
60 beeindruckende Entwicklung. Von 2008 auf 2009 stieg der Verkauf um 25 Prozent, von 2009  
61 auf 2010 sogar um 27 Prozent. Immer mehr Kommunen beschließen, auf Produkte aus  
62 Kinderarbeit zu verzichten. Immer mehr bayerische Unternehmen verfolgen ernsthafte  
63 Nachhaltigkeitskonzepte und drucken nicht nur glänzende Broschüren mit gut klingenden  
64 Konzepten.

65 Diese erfreulichen Initiativen zeigen, dass auch in Bayern ein globales, nachhaltiges und  
66 solidarisches Handeln möglich ist. Dies kann jedoch nur ein Anfang sein. Die Praxis lebt bislang  
67 noch zu sehr vom Engagement Einzelner und zu wenig von systematischer staatlicher  
68 Anerkennung und Unterstützung durch den Freistaat. Bayern, seine Wirtschaft und die  
69 bayerischen BürgerInnen müssen die Initiative ergreifen und ihrer globalen Verantwortung  
70 zukünftig verstärkt nachkommen, diese ausbauen und aktiv ausgestalten. Die Politik ist auf  
71 allen Ebenen gefordert.

72 Es ist noch viel zu tun, bis 100 Prozent unserer Handelsbeziehungen fair gestaltet sind. Es  
73 genügt nicht, dass nur ein Teil unserer Importprodukte ohne Ausbeutung produziert werden, alle  
74 unsere Wirtschaftsbeziehungen müssen sozialen und ökologischen Standards genügen. Fairer  
75 Handel darf keine Ergänzung, sondern muss Gradmesser und Modell all unserer weltweiten  
76 Handelsbeziehungen sein.

#### 77 **Bayern blockiert**

78 Auf Betreiben bayerischer VertreterInnen wurde in der Erklärung der Ministerpräsidenten von  
79 2008 der Abschnitt zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit aufgeweicht.

80 Die bayerische Seite konnte jedoch nicht verhindern, dass „Globales Lernen“ trotzdem zu einem  
81 erklärten Schwerpunkt gemacht wurde.

82 Im Jahr 2010 befasste sich der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungspolitik mit der  
83 kommunalen Entwicklungspolitik. Bewusst distanzieren sich die bayerischen VertreterInnen in  
84 einem gemeinsamen Papier des Ausschusses von den Aufrufen, die Kommunen zu  
85 vermehrtem entwicklungspolitischem Engagement motivieren sollten. Die bayerischen  
86 VertreterInnen verneinten jegliche globale Verantwortung durch die Kommunen.

## 87 **Fahrplan für ein faires Bayern**

### 88 **I. Faire Kommune / Faire Stadt**

89 Kommunen sind politisch und wirtschaftlich stark verflochten und daher auch Teil weltweiter  
90 Zusammenhänge. Ob als Beschafferin von Waren und Dienstleistungen, ob als Akteurin in  
91 Spitzenverbänden, in internationalen Gremien und Netzwerken oder als Verantwortliche für  
92 lokale Umwelt-, Bildungs- oder Sozialpolitik. In all diesen Fällen steht die Kommune in  
93 Verantwortung, die weit über ihre territorialen Grenzen hinaus reicht. Sowohl Klimaschutz- als  
94 auch Millennium-Entwicklungsziele sind nur mit Beteiligung der Kommunen zu erreichen. Die  
95 Kommune kann Einfluss auf soziale und ökologische Entwicklungen durch eine entsprechende  
96 Gestaltung ihrer Nachfrage nehmen. Auch sollten die Kommunen das Thema Migration als  
97 Chance sehen. Das kommunale Handeln und Verhalten gegenüber MigrantInnen wirkt sich  
98 direkt und weltweit aus.

99 Daher

- 100 • legt die faire Kommune bei ihrer Beschaffung soziale, ökologische sowie allgemein faire  
101 Kriterien zugrunde und beschließt entsprechende Richtlinien für ihre gesamte  
102 Verwaltung;
- 103 • engagiert sich die faire Kommune in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und  
104 geht dafür Partnerschaften mit Kommunen in Ländern des globalen Südens auf  
105 Augenhöhe ein;
- 106 • unterstützt die faire Kommune hier bei uns Programme und Bildungsprojekte für  
107 nachhaltige Entwicklung und führt diese in ihren eigenen Einrichtungen durch;
- 108 • fördert die faire Kommune aktiv die Integration von MigrantInnen und setzt sich für eine  
109 Politik ein, die Migration als Chance statt als Problem wahrnimmt.

110 In den Anfängen kommunaler und zivilgesellschaftlich getragener Entwicklungspolitik stand  
111 oftmals die Projektpartnerschaft im Vordergrund. Auch viele Basisgruppen und kleine Initiativen  
112 haben zwischenzeitlich erkannt, dass neben der Partnerschaft die entwicklungspolitische  
113 Bildungs- und Informationsarbeit in den Industrieländern, also auch im Freistaat Bayern und  
114 seinen Kommunen, die wichtigsten Aktionsfelder sind, um sich für eine gerechte und  
115 solidarische Welt einzusetzen.

### 116 **Strukturen in Bayern**

117 Die lokalen entwicklungspolitischen Initiativen in bayerischen Kommunen und Städten brauchen  
118 untereinander passgenauen Austausch und Vernetzung zum Thema. Zudem können  
119 entwicklungspolitische Vorhaben in Bayern nur dann erfolgreich sein, wenn sie ein Mindestmaß  
120 an Dauerhaftigkeit haben. Entsprechend bedarf es einer grundlegenden und sicheren  
121 Finanzierung für die lokalen Aktionen kommunaler Entwicklungspolitik, die unabhängig sein  
122 muss von zwischenzeitlichen Engpässen in den Kassen der Kommunen.

### 123 **Faire öffentliche Beschaffung**

124 Im Jahr 2007 beschlossen alle Fraktionen im bayerischen Landtag einen gemeinsamen Antrag  
125 gegen die Beschaffung von Produkten aus Kinderarbeit. Der Antrag ging auf eine Idee der

126 Grünen zurück. Bayern war damals das erste Bundesland mit einem solchen Beschluss. Doch  
127 der Freistaat hat seine Vorreiterrolle mittlerweile verloren, da mehrere Bundesländer nicht nur  
128 das Verbot von Kinderarbeit, sondern auch alle weiteren ILO-Kernarbeitsnormen<sup>1</sup> in ihrer  
129 Beschaffung berücksichtigen. Eine durchgehend faire, das heißt an sozialen und ökologischen  
130 Kriterien orientierte Beschaffung ist eine wichtige Möglichkeit, globale Verantwortung lokal  
131 umzusetzen. Mit Grüner Politik wollen wir erreichen, dass von bayerischen Ämtern zukünftig  
132 keine Produkte mehr eingekauft werden, hinter denen Verletzungen von Menschenrechten,  
133 schlechte Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne stehen.

134 Ausdrücklich hat die Bundesregierung 2009 die Berücksichtigung von sozialen und  
135 ökologischen Kriterien in der öffentlichen Beschaffung vorgesehen. Die Staatsregierung und die  
136 bayerischen Kommunen müssen sich jetzt an den Initiativen anderer Bundesländer und  
137 fortschrittlicher Kommunen orientieren und eine faire Beschaffung umsetzen.

### 138 **Grüne Forderungen:**

- 139 • Die Staatsregierung muss sich im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungspolitik für die  
140 Stärkung der kommunalen Entwicklungspolitik einsetzen und darf den dortigen Dialog  
141 nicht blockieren, wie bisher geschehen.
- 142 • Die Staatsregierung muss sich aktiv am Aufbau der neuen Servicestelle für  
143 entwicklungspolitisches Engagement des Bundesministeriums für wirtschaftliche  
144 Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beteiligen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass  
145 auch die bayerischen Kommunen durch diese Servicestelle in ihren  
146 entwicklungspolitischen Aktivitäten unterstützt werden. Eine bayerische Außenstelle der  
147 Servicestelle muss den Austausch zwischen den Kommunen unterstützen und auch die  
148 bundesweite Vernetzung intensivieren.
- 149 • Die Staatsregierung muss entwicklungspolitisches Engagement der Kommunen und der  
150 Zivilgesellschaft konkret fördern, so wie dies beispielsweise die Stiftung Umwelt und  
151 Entwicklung NRW erfolgreich praktiziert.
- 152 • Die Staatsregierung muss sich an der bestehenden Praxis von Kommunen, wie zum  
153 Beispiel der Stadt München oder Neumarkt in der Oberpfalz und von Bundesländern wie  
154 Berlin oder Bremen orientieren und beginnen, eine umfassende sozial-ökologische  
155 Beschaffung einführen. Neben dem Ausschluss von Produkten aus Kinderarbeit sind für  
156 eine soziale Beschaffung alle ILO-Kernarbeitsnormen und weitreichende ökologische  
157 Kriterien zu berücksichtigen.
- 158 • In der bayerischen Migrationspolitik sind entwicklungspolitische Perspektiven verstärkt  
159 aufzunehmen, um vorhandene Sachkenntnisse der hiesigen Diaspora aus  
160 Entwicklungsländern zu nutzen. Die einschlägigen Aktivitäten und Erfahrungen des  
161 Landes Baden-Württemberg sollten in die Weiterentwicklung einbezogen werden. Die  
162 Kommunen sind darin zu unterstützen, lokale Diasporagruppen in kommunale  
163 Entwicklungspolitik mit einzubeziehen.
- 164 • Die Staatsregierung muss den Kommunen ausreichend Handlungsspielraum  
165 zugestehen, so dass sie sich eigenständig und in vertretbarem Umfang  
166 entwicklungspolitisch engagieren können. Die Staatsregierung muss sich gleichzeitig für  
167 ein Ende des Kooperationsverbots in der Entwicklungspolitik zwischen Bund und  
168 Ländern/Kommunen einsetzen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche  
169 Zusammenarbeit und Entwicklung muss die Kommunen unterstützen dürfen. Die

---

<sup>1</sup> Die Kernarbeitsnormen sind Sozialstandards im Rahmen der [Welthandelsordnung](#), die menschenwürdige Arbeitsbedingungen und einen hinreichenden Schutz gewährleisten sollen. Sie wurden 1998 in einer Deklaration der [Internationalen Arbeitsorganisation](#) (ILO) niedergelegt.

- 170 Kommunen sollen sich, wo dies entwicklungspolitisch sinnvoll ist, an Vorhaben des  
171 Bundes beteiligen können, um keine Parallelstrukturen zu befördern.
- 172 • Die Staatsregierung und die Kommunen müssen sich aktiv gegen eine rein auf  
173 Wachstum und bedingungslosen Export ausgerichtete Agrarpolitik aussprechen. Die  
174 Agrarsubventionen der westlichen Länder sind eine wesentliche Ursache von  
175 Hungerkatastrophen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Daher müssen alle  
176 Subventionen des Freistaates Bayern sowohl ökologischen als auch  
177 entwicklungspolitischen Kriterien gerecht werden.
  - 178 • Die bayerische Entwicklungszusammenarbeit muss sich zukünftig eindeutig und  
179 ausschließlich an den Millennium-Entwicklungszielen ausrichten und messen lassen.
  - 180 • Die Staatsregierung muss ein Register zur Bekämpfung von internationaler Korruption  
181 einführen, um Unternehmen mit schweren Verfehlungen von der Vergabe öffentlicher  
182 Aufträge, von öffentlicher Förderung oder der öffentlichen Beschaffung auszuschließen.  
183 Unternehmen, die internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards nicht einhalten,  
184 dürfen nicht mehr von deutschen Steuergeldern profitieren. Vorbild kann hier Nordrhein-  
185 Westfalen sein, das bereits 2004 ein solches Register einführte. Die schwammigen  
186 Hinweise in der bayerischen Korruptionsbekämpfungsrichtlinie von 2004 sind nicht  
187 ausreichend. Langfristig sollte ein solches Register bundesweit ausgedehnt werden.

## 188 II. Faire Wirtschaft - Unternehmensverantwortung in Bayern

189 Bayern in globaler Verantwortung bedeutet auch globale Verantwortung für die bayerische  
190 Wirtschaft. Es sind häufig weltweit tätige Unternehmen, die über die Lebensbedingungen vieler  
191 Menschen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern, bestimmen.

192 International gibt es bereits verschiedene Initiativen, um soziale und ökologische  
193 Mindeststandards durchzusetzen. In der Initiative „Global Compact“ haben sich viele hundert  
194 Unternehmen und die Vereinten Nationen (UN) darauf verständigt, sich Regeln aufzuerlegen,  
195 um die Globalisierung gerechter zu gestalten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat  
196 Kernarbeitsnormen formuliert, die Kriterien menschenwürdiger Arbeit beschreiben. Die aktuell  
197 prominentesten Orientierungspunkte für verantwortungsvolles Unternehmertum sind die OECD-  
198 Leitlinien<sup>2</sup> und die „UN-Leitlinien für menschenrechtlich verantwortliches unternehmerisches  
199 Handeln“ des UN-Sonderbeauftragten John Ruggie.

200 Diese Initiativen sind wichtige Wegmarken, es mangelt jedoch an der Umsetzung. Die  
201 Wirtschaftsmacht Bayern ist verpflichtet, im Sinne dieser Initiativen ihrer Verantwortung gerecht  
202 zu werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen sind bei weitem nicht ausreichend. Deshalb  
203 müssen auf internationaler Ebene Sanktionsmechanismen greifen. Bayern muss an der  
204 Erstellung eines wirksamen Sanktionskatalogs mitarbeiten.

205 Die Außenwirtschaftsförderung ist bereits wichtiger Bestandteil der bayerischen  
206 Wirtschaftspolitik. Hier geht es darum, die international bedeutende wirtschaftliche Rolle  
207 Bayerns zu sichern und die Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte zu unterstützen.  
208 Grüne Politik kritisiert, dass hierbei die globale Unternehmensverantwortung völlig unterbelichtet  
209 ist. Das Referat für Entwicklungszusammenarbeit im bayerischen Wirtschaftsministerium hat  
210 bisher noch keine brauchbaren Richtlinien für die bayerische Wirtschaft entwickelt.

211 Ein entscheidender Faktor für die Sicherung der Grundbedürfnisse und ein menschenwürdiges  
212 Leben ist die Höhe der gezahlten Löhne und deren Kaufkraft. Dies ist weder von den OECD-  
213 Leitsätzen noch von den ILO-Kernarbeitsnormen direkt abgedeckt. Deswegen sollten nur  
214 Unternehmen in den Genuss der Außenwirtschaftsförderung kommen, die ein schlüssiges  
215 Konzept für die Zahlung von Living Wages nach dem Vorbild der Asia Floor Wage Campaign

---

<sup>2</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

216 nachprüfbar anwenden. In diesem Politikfeld sehen wir Grüne bisher ein klares Versagen der  
217 Staatsregierung. Daher muss Internationale Unternehmensverantwortung künftig ein wichtiger  
218 Aspekt der bayerischen Wirtschaftspolitik werden. Nur global nachhaltiges Wirtschaften kann  
219 auch langfristig die herausragende Stellung der bayerischen Wirtschaft und damit Wohlstand  
220 bei uns sichern.

221 Wir verlangen von international agierenden Unternehmen die Berücksichtigung von sozialen  
222 und ökologischen Standards.

## 223 **Grüne Forderungen**

224 • Die Zuständigkeit für Eine-Welt- Fragen muss Chefsache werden, die Aktivitäten sind in  
225 der Staatskanzlei zu bündeln. Die Bayerische Staatskanzlei ist bereits vielfach für Eine-  
226 Welt-Fragen zuständig. Dies soll nun auch in entsprechenden Gremienvertretungen  
227 seinen Niederschlag finden. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist mehr als  
228 Außenwirtschaftsförderung.

229 • Der bereits in Bayern bestehende „Runde Tisch: Sozial- und Umweltstandards bei  
230 Unternehmen“ ist eine wichtige Plattform zum Austausch von Informationen und zur  
231 Entwicklung neuer Konzepte. Seit 2006 treffen sich jährlich VertreterInnen von  
232 Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft, Ministerien  
233 und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Das Forum muss ausgebaut und vermehrt  
234 unterstützt werden. Außerdem muss sich das Bayerische Staatsministerium für  
235 Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie kontinuierlicher und aktiv beteiligen.

236 • Die LfA Förderbank Bayern (Landesanstalt für Aufbaufinanzierung) vergibt Darlehen und  
237 Bürgschaften an mittelständische Unternehmen, die im Ausland investieren. Bis jetzt  
238 beinhalten die Konditionen keine sozialen oder ökologischen Kriterien. Hauptaugenmerk  
239 gilt vor allem dem „Bayerneffekt“. Die Kredit- und Bürgschaftsvergabe muss künftig auch  
240 an die Einhaltung von Menschenrechten gekoppelt sein. Unternehmen, die von der  
241 Förderung profitieren wollen, müssen einen Nachweis über ihre sozialen und  
242 ökologischen Mindeststandards erbringen.

243 • Seit 1995 besteht ein Umweltpakt zwischen der bayerischen Wirtschaft und der  
244 bayerischen Staatsregierung. Er ist ein erfolgreiches Instrument zur Durchsetzung von  
245 ökologischen Standards in Unternehmen. Künftig muss sich der Umweltpakt auch auf  
246 soziale Richtlinien beziehen und einen stärkeren internationalen Bezug erhalten. Die  
247 OECD-Leitsätze müssen hier konkret angewandt und Anforderungen an die  
248 Unternehmen gestellt werden. Wichtig ist zudem, dass über diesen Pakt ein Forum für  
249 Unternehmen geschaffen wird, auf dem sie sich über Durchsetzungsmöglichkeiten von  
250 sozialen Mindeststandards im Ausland informieren und auszutauschen können.

251 • Als bedeutendem Bundesland kommt Bayern auch auf Bundesebene eine wichtige Rolle  
252 zu. Der Druck auf die Bundesregierung, etwa durch Bundesratsinitiativen, muss erhöht  
253 werden, um Unternehmensverantwortung national voranzubringen:  
254 Zum einen muss die sogenannte „Nationale Kontaktstelle“ (NKS) reformiert werden. Die  
255 NKS hat die Aufgabe, die Verbreitung und Umsetzung der OECD-Leitsätze zu fördern  
256 und Beschwerden gegen Unternehmen entgegenzunehmen. Im Konfliktfall soll sie  
257 vermitteln und eine Lösung finden. Bisher ist die deutsche Kontaktstelle wenig  
258 konstruktiv. Sie ist im Bundeswirtschaftsministerium in der Abteilung für  
259 Auslandsinvestitionen angesiedelt. Ein Interessenkonflikt ist vorprogrammiert!  
260 Zum anderen müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die  
261 Unternehmensverantwortung zwingend einfordern. Sie müssen also  
262 Sanktionsmöglichkeiten enthalten. Außerdem müssen klarere Vorschriften zur  
263 Rechenschaftslegung verlangt werden.

### 264 **III. Globales Lernen**

265 Der Begriff „Globales Lernen“ ist heute fester Bestandteil der Bildungsarbeit. Die Bildung für  
266 nachhaltige Entwicklung wird um globale Perspektiven und Zusammenhänge ergänzt. Globales  
267 Lernen schafft Kompetenzen für die Auseinandersetzung mit weltweiten Verflechtungen und  
268 ermöglicht ein Verständnis der Realitäten einer globalisierten Welt. Globales Lernen will dem  
269 Einzelnen Orientierungshilfen für das eigene Leben geben, denn globale Prozesse beeinflussen  
270 zunehmend unser Denken und Handeln. Globales Lernen setzt sich zum Ziel, Möglichkeiten  
271 aufzudecken, die Globalisierung aller Lebensbereiche lokal und damit auch global  
272 mitzugestalten, statt ihr durchweg hilflos ausgeliefert zu sein.

273 Es handelt sich um ein offenes und integratives pädagogisches Konzept, welches die  
274 Themenfelder der Eine-Welt-Pädagogik, Umwelterziehung, der interkulturellen Arbeit und der  
275 Friedenserziehung bündelt sowie Begleiterscheinungen der Globalisierung thematisiert und  
276 alternative Handlungsmöglichkeiten offenlegt. Vielfältige Konzepte des Globalen Lernens  
277 erlauben die Integration in die Schule, aber auch freie Aktionsformen und Formate der  
278 Erwachsenenbildung.

279 Globales Lernen ruft dazu auf, sich einzusetzen für eine gerechtere, solidarischere und  
280 zukunftsfähigere Welt, in der alle Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.

281 Viele engagierte Menschen und Initiativen leisten bereits erstklassige „Eine-Welt-Arbeit“ vor Ort.  
282 Dieser Einsatz ist besonders wichtig und wertvoll. Es darf nicht vergessen werden, dass sie zum  
283 größten Teil von Aktiven jahrzehntelang auf ehrenamtlicher Basis geschieht. Grüne Politik  
284 verpflichtet sich, dieses Engagement stärker zu unterstützen. Grüne Politik will aber auch dazu  
285 beitragen, dass die Bildungsarbeit verstärkt professionalisiert und mit deutlich mehr finanziellen  
286 Mitteln ausgestattet wird.

287 Jegliche Veränderung beginnt mit Lernen. Nur wenn unsere Kinder einen kompetenten Zugang  
288 zu globalen Zusammenhängen erhalten, können sie verantwortliche Weltbürger werden. Und  
289 wir sind davon überzeugt, dass globale Verantwortungsübernahme nur erfolgreich sein kann,  
290 wenn die zugrunde liegenden Probleme, ihre Ziele und Handlungsoptionen verstärkt allen  
291 Bürgerinnen und Bürger vermittelt werden.

### 292 **Grüne Forderungen**

293 • Die seit 1992 unveränderten Grundsätze bayerischer Entwicklungszusammenarbeit  
294 müssen aktualisiert werden. Es sind die neuesten Beschlüsse der  
295 Ministerpräsidentenkonferenz zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder  
296 aufzunehmen. Zugleich ist die Zusammenarbeit mit NGOs in Bayern zu intensivieren  
297 und ein umfassendes Bekenntnis zur Subsidiarität in dieser Kooperation aufzunehmen.

298 • In einigen bayerischen Schulen ist Globales Lernen bereits verankert. Es konzentriert  
299 sich jedoch auf eine Jahrgangsstufe und wird oftmals nur als Randthema behandelt.  
300 Globales Lernen muss dagegen in allen bayerischen Schulen als Querschnittsthema  
301 implementiert werden, das fortlaufend und in wiederkehrenden Projektphasen anhand  
302 vielfältiger Beispiele zu vermitteln ist.

303 • Globales Lernen kann nur erfolgreich Teil des Unterrichts werden, wenn Lehrkräfte  
304 intensiv fortgebildet und von der Schulleitung unterstützt werden. Der Unterricht muss  
305 die Vernetzung zu Projekten und Initiativen vor Ort herstellen, also zu  
306 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Eine-Welt-Läden sowie kirchlichen und  
307 gewerkschaftlichen Gruppen. Dauerhafte Vernetzungsangebote zwischen LehrerInnen  
308 untereinander sowie zu den AkteurInnen der Zivilgesellschaft sind zu schaffen.

309 • Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus muss eine zentrale  
310 Kontaktstelle benennen sowie eine angemessen ausgestattete Arbeitsstelle für Globales  
311 Lernen schaffen.

- 312 • Die zumeist informelle oder non-formale Bildungsarbeit<sup>3</sup> zivilgesellschaftlicher Initiativen  
 313 zu Eine-Welt-Themen ist institutionell zu fördern. Neben professioneller Begleitung und  
 314 ausgebauten Vernetzungsangeboten für NGOs sind lokale KoordinatorInnen und  
 315 regionale Fachstellen einzurichten, wie sie in NRW bereits erfolgreich arbeiten.
- 316 • Die Staatsregierung muss dem Bayerischen Landtag jährlich einen schriftlichen Bericht  
 317 über die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Freistaats Bayern übergeben. Sie muss  
 318 darin finanzielle Förderungen von Projekten im Ausland, Unterstützungen staatlicher  
 319 Durchführungsorganisationen und politischer Stiftungen sowie einen Überblick über die  
 320 Förderungen entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Bayern  
 321 aufführen. Darüber hinaus muss dieser Bericht Auskunft geben über die Kooperation mit  
 322 NGOs.
- 323 • Es darf sich nicht allein das Bayerische Umweltministerium mit der Umsetzung der UN-  
 324 Dekade befassen. Die Umweltbildung ist auszubauen, und das Kultus- und das  
 325 Innenministerium müssen Bildungsarbeit zu Menschenrechten, Entwicklungspolitik,  
 326 globaler Gerechtigkeit, Frieden, Folgen des Klimawandels, Nachhaltigkeit und politischer  
 327 Partizipation verpflichtend einführen und fördern. Nur so kann sie dem Auftrag aus der  
 328 UN-Dekade für nachhaltige Entwicklung gerecht werden.
- 329 • Die Bayerische Staatsregierung darf bei Verhandlungen nicht erneut bundesweite  
 330 Initiativen zum Globalen Lernen torpedieren und dadurch deren Ausweitung behindern.
- 331 Die Entwicklung des Global Green New Deals hat viele Bausteine. Eine faire Entwicklungs-  
 332 politik, die nicht durch schädliche Subventionen, WTO-Regelungen oder industrielle Partikular-  
 333 interessen torpediert wird, ist ein zentraler Baustein, der auch in unserer Verantwortung vor Ort  
 334 liegt. Land und Kommunen, Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen müssen sich dieser  
 335 Verantwortung stellen.

#### UnterstützerInnen:

Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt), Martin Runge (KV Fürstenfeldbruck), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Barbara Lochbihler (KV Ostallgäu), Dieter Janecek (KV München-Stadt), Ulrike Gote (KV Bayreuth-Stadt), Christine Stahl (KV Nürnberg-Stadt), Renate Ackermann (KV Ansbach), Agnes Krumwiede (KV Ingolstadt), Hep Monatzeder (KV München-Stadt), Benedikt Bisping (KV Nürnberger Land), Peter Gack (KV Bamberg-Stadt), Claudia Stamm (KV München-Stadt), Thomas Gambke (KV Landshut), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Hans-Josef Fell (KV Bad Kissingen), Elisabeth Scharfenberg (KV Hof), Christine Scheel (KV Aschaffenburg-Land), Anne Franke (KV Starnberg), Sebastian Weisenburger (KV München-Stadt), Helga Stieglmeier (KV Erding), Richard Zieglmeier (KV Kelheim), Sabine Steininger (KV Bayreuth-Stadt), Manfred Bachmayer (KV Erlangen-Land), Siegfried Benker (KV München-Stadt), Matthias Strobel (KV Augsburg-Stadt), Lydia Bauer-Hechler (KV Fürth-Stadt), Bernhard Heeren (KV Fürth-Land), Susanne Thoma (KV Augsburg-Stadt), Christian Sauter (KV Erlangen-Stadt), Brigitte Dittrich (KV Fürth-Stadt), Philipp Steffen (KV Fürth-Stadt), Ralph Hoffmann (KV Nürnberg-Stadt), Elmar Hayn (KV Nürnberg-Stadt), Ruth Bähring (KV Nürnberg-Stadt), Wolfgang Scharpff (KV Roth), Ruth Halbritter (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Renate Grädler (KV Roth), Thibaud Stenger (KV Fürth-Stadt), Stefan Guckes (KV Fürth-Stadt), Bernhard Röhl (KV Fürth-Stadt), Ursula Burkhardt (KV Roth), Lisa Badum (KV Forchheim), Florian Braunreuther (KV Fürth-Land), Christian Schneider (KV Fürth-Stadt), Stefan Christoph (KV Cham), KV Erlangen-Land, Bernd Pfitzner (KV Starnberg), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Hansl Gerhard (KV Starnberg), Sebastian Pohl (KV Starnberg), Werner Schmidt (KV Fürth-Stadt)

<sup>3</sup> **Informelle Bildung** bezieht sich auf lebenslange Lernprozesse, in denen Menschen Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen durch Einflüsse und Quellen der eigenen Umgebung erwerben und aus der täglichen Erfahrung (Familie, Nachbarn, Marktplatz, Bibliothek, Massenmedien, Arbeit, Spiel etc.) übernehmen. **Non-formale Bildung** bezieht sich auf jedes außerhalb des formalen Curriculums geplante Programm zur persönlichen und sozialen Bildung für junge Menschen, das der Verbesserung bestimmter Fähigkeiten und Kompetenzen dient. Im deutschsprachigen Raum hat sich auch der Begriff außerschulische Bildung etabliert. (aus [www.kompass.humanrights.ch](http://www.kompass.humanrights.ch))